

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

Sitzung vom 5. Februar.

Am Ministertisch: Geheimer Ober-Justizrath Dr. Förster.

Der Präsident Graf Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 11 1/4 Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen.

Herr Ober-Bürgermeister D. Onderey hat sein Amt als Bürgermeister von Grefeld niedergelegt und ist dadurch sein Mandat für das Herrenhaus erloschen.

Das Haus tritt demnächst sofort in die Tagesordnung, deren erster Gegenstand der Bericht der 8. Kommission über den Entwurf eines Gesetzes über den Eigentumsübergang und die dingliche Belastung der Grundstücke, Bergwerke und selbstständigen Gerechtigkeiten ist.

Die General-Diskussion über den Gegenstand leitet der Berichterstatter der Kommission, Herr Dr. v. Götter, ein. Derselbe erkennt zunächst die vorzügliche sachgemäße Ausarbeitung der Regierungsvorlage an, welche den allgemeinsten Beifall in der Kommission gefunden habe, daß im Großen und Ganzen das dem Gesetzentwurf zu Grunde liegende Prinzip von der Kommission acceptirt worden und nur in den Spezialitäten Abänderungen erfahren habe. Redner erläutert sodann in ausführlicher Weise das Prinzip und die von der Kommission vorgenommenen Abänderungen der Vorlage. Es sei allerdings mehrfach und zwar mit Recht der Wunsch ausgesprochen, daß man zuvor die Ansichten der Obergerichte eingeholt hätte darüber, ob bei den Auflassungen und Aufnahmen von hypothetischen Verträgen das Hypothekenbuch dem Richter vorgelegt werden müsse, um zuvor genaue Prüfungen vorzunehmen. Hier stehen sich allerdings auch die Ansichten des Justizministers und des Finanzministers gegenüber und die Kommission habe sich nicht enthalten können, in dieser Beziehung von der Vorlage abzuweichen, indem sie dem Richter die Aufgabe erteilt, zu prüfen, ob die Urkunde auch die Veräußerungszulässigkeit enthält oder nicht. Eine zweite Abweichung von der Vorlage habe die Kommission in Betreff der bona fides und der mala fides vornehmen zu müssen geglaubt, indem sie in den Fällen der Inkulation den Uebervorteilten, dem rechtmäßigen Eigentümer einen Rechtsanspruch einräumt, nicht nur dem Verkäufer, sondern auch dem bei der Inkulation mitwirkenden Käufer gegenüber einräumt. Im Großen und Ganzen habe sich die Kommission, wie er konstatiren wolle, in voller Harmonie mit dem Regierungs-Kommissar und der Regierung befunden.

Regierungs-Kommissar Geheimer Ober-Justizrath Dr. Förster: Er könne sich gegenüber den Ausführungen des Referenten und des Kommissionsberichtes kurz fassen, und freue sich darüber Angesichts der Thatsache, daß Nichtjuristen vor Langweile sterben, wenn Juristen sich in gründlicher und ausführlicher Weise zu verhandlungen suchen. Er wolle sich speziell auf die Abweichungen der Kommission beschränken und auf die Abweichungen der Kommission beschränken und wolle von vornherein erklären, daß, wenn es nicht gelingen sollte, mit den beiden Häusern des Landtages eine andere Vereinbarung zu Stande zu bringen, das Gesetz gefährdet sei. In Bezug auf die negative Bedeutung des Grundbuches wolle die Regierung den Änderungen der Kommission beitreten. Dagegen werden die Prinzipien des Entwurfs völlig vernichtet durch folgende Änderungen der Kommission, und bitte die Regierung, diesen unter allen Umständen nicht beizutreten. Man habe der Regierung einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich nicht auf das Hypothekenrecht beschränkt, sondern die ganze Grundbesitzgesetzgebung einer Umänderung unterworfen. Die Regierung sei hierzu durch die bestehenden Verhältnisse gezwungen worden, denn in der bisherigen preussischen Gesetzgebung bestand ein Zwiespalt in Bezug auf das Besitzrecht, welcher es möglich machte, daß der thatsächliche Besitzer eines Grundstücks, der im Grundbuch eingetragene Eigentümer, durch Andere um sein Eigentum gebracht werden könnte. Ferner kam hinzu, daß mit dem Jahre 1866 Provinzen zum preussischen Staate hinzukamen, in denen nicht das Landrecht, sondern das gemeine Recht galt. Eine Gleichheit im Staate gebot auch hier eine allgemeine Abänderung der Gesetzgebung. Dies führte zum Verlassen der Traditionstheorie und zur Annahme der Auflassungstheorie. Bei der Auflassungstheorie sind nach der Auffassung der Regierung dem Richter die Verträge nicht vorzulegen, wohl aber das Grundbuch. Die Verträge und ihr Abschluß sind privatrechtlicher Natur und gehen die Parteien an und unsere Grundbesitzer, namentlich auch die ländlichen, hängen so zähe an ihrem Grundbesitz, daß sie schon ihr Recht zu wahren wissen werden. Die Staatsregierung wünscht daher, daß Sie die Vorlegung der Urkunden als obligatorisch nicht annehmen mögen. Der zweite Punkt, in

welchem die Staatsregierung Sie bitten muß, dem Antrage Ihrer Kommission sich nicht anzuschließen, ist die Frage von der bona fides und der mala fides. In den Fällen der Inkulation gehen die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts und des Gemeinen Rechts strikte auseinander; das erstere gestattet dem im Grundbuch eingetragenen Besitzer den Regreß an den Verkäufer und den späteren Käufer, das gemeine Recht nur an den Verkäufer. Die Kommission will die Anschauung des Landrechts in das Gesetz einführen, begeht aber dadurch den Fehler, daß die den späteren Käufer zum wirklichen Besitzer macht. Der Gesetzentwurf geht von diesem Prinzip völlig ab und nimmt eine unrechtmäßige angreifbare Eintragung nur dann als vorhanden an, wenn der spätere Erwerber gewußt hat, daß der eingetragene Eigentümer, von welchem er erworben, fälschlich, d. h. ex falsa causa — auf Grund betrügerlicher Vorspiegelungen, auf Grund der Vorstellung einer falschen Person als Verkäufer, auf Grund einer falschen Erbbescheinigung oder eines nichtigen Testamentes als Eigentümer eingetragen gewesen sei, im Uebrigen aber bei der Inkulation mehrere Eigentumsprätendenten, an welche der eingetragene Eigentümer nach einander veräußert hat, auf den älteren Titel und Uebergabe und auf die Wissenschaft davon keinen Werth legen. Die Staatsregierung muß Sie dringend bitten, sich der Auffassung der Kommission nicht anzuschließen. Der Kommissar schließt mit der Hinweisung auf die dringende Nothwendigkeit einer Regelung der Verhältnisse des Grundbesitzes im Sinne der Auffassung und der Verhältnisse der Neuzeit. (Bravo.)

Nach dem Regierungs-Kommissar Dr. Förster erhebt sich Graf Rittberg für den Kommissionsentwurf, derselbe gesteht das Bedürfnis der Reform zu; die Kreditnoth Bedürftigen des Grundbesitzes im Verhältnis zu den anderen des Kredites ist allgemein anerkannt. Die weiteren Ausführungen des Redners kulminiren in der Vertheidigung des Legalitäts-Prinzips, von dessen gesunder Auffassung durch den Richter die Sicherheit des Hypothekenverkehrs abhängig ist.

Dr. Schulze (Breslau, für den Regierungsentwurf): In diesem Gesetz ist ein großartiger Abschluß der Rechtsentwicklung des deutschen Hypothekenrechts erreicht. Uniformitätsgebanten sind im Privatrecht zwar nicht zu rechtfertigen, aber das Hypothekenrecht läßt eine Gleichheit und allgemeine Prinzipienuniformität am meisten zu. Deshalb müßte man dem Regierungsentwurf beitreten, welcher einzig und allein der einheitlichen deutschen Hypothekenrecht werden kann. Es ist eine tiefgreifende Reform, welche wünschenswert für das ganze deutsche Vaterland in Angriff genommen werden muß. Deshalb wird das neue Gesetz doch nur ein provisorisches werden; der Entwurf ist auszuformen als ein Kunstwerk. Dieses muß seine festen Formen haben, man kann die Fundamente des Entwurfs nicht angreifen, ohne denselben zu vernichten, daher entweder ganz annehmen — oder verwerfen, nicht aber an dem großen leitenden Gedanken des Entwurfs herumzuspielen! Das Grundprinzip des Gesetzes ist das: das Immobilienrecht soll die höchste Sicherheit durch die Garantie der Öffentlichkeit erhalten, dies ist ein moderner Gedanke, der das ganze Rechtsleben Europas erfüllt. Die publica fides ist die Voraussetzung jedes gesunden Hypothekenrechts. Durch die Sicherheit des Eigentums, welche durch jene garantiert wird, wird in der Auflassung des Entwurfs ein Fortschritt erzielt, welcher durch die tradition des späteren römischen Rechtes verloren, erst durch das deutsche Recht wiedergewonnen, und der nimmer aufgegeben werden darf. Das Legalitätsprinzip, welches immer auf die Vorgeschichte des ganzen Rechtsgeschäftes zurückgeht, macht ganz unberechtigt den Richter zum Vormund der Person, welche im Privatrecht — die Voraussetzungen angenommen — ihren Willen zur Geltung bringen muß, ohne daß der Richter die Motive des Willens prüfen soll. Der Richter soll also nur Urkundsperson sein, er ist Vertreter des Staates, als des Garanten der Eigentumsicherheit, der Staat muß daher subsidiär für das Verschulden des Hypothekenrichters eintreten. (Beifall.)

v. Kleist-Regow: Wäre ich an der Stelle des Regierungs-Kommissars gewesen, so hätte ich bei den Worten des Dr. Schulze ausgerufen: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden!“ Es ist leider Gottes jetzt Mode geworden, von der Umwälzung unseres Rechts durch nationale Ideen, von einem gemeinen deutschen Privatrechte zu sprechen. So hat uns Herr Schulze auch ein nationales Hypothekenrecht in Aussicht gestellt, wozu durchaus kein Bedürfnis vorliegt. Ich bin kein prinzipieller Gegner des Regierungsentwurfs, aber ich kann ihm in allen seinen Konsequenzen nicht folgen. Ich bezweifle, ob die Vorlage dem Grundbesitz gründlich aufhelfen kann und wird. Es ist ein sehr bedauerlicher Zug des modernen Zeitgeistes, daß das Kapital sich fast ausschließlich industriellen Unternehmen zuwendet und die sichere

Garantie des Grundbesitzes verschmäht. Nur Rentbanken mit Garantien, die die Landschaft selbst giebt, können uns auf die Dauer helfen. — Das Herrenhaus führt jetzt mit anderen parlamentarischen Versammlungen in kirchlichen und rechtlichen Fragen einen schweren Kampf. Man will die Materien des Rechts der Reichsgesetzgebung unterstellen, und darum ist es unsere Pflicht, die altpreussischen Traditionen auch auf dem Gebiete des Rechts hier im Hause zu wahren. Es geschieht dies auch durch den vorliegenden Entwurf, der, wenn man nicht einige unpraktische Konsequenzen aus demselben zieht, nicht die konservativen Interessen verlegt. Wenn Sie den Gesetzentwurf mit den Modifikationen der Kommission annehmen, so werden Sie dem Grundbesitz einen wesentlichen Dienst leisten.

Dr. Dernburg (für die Regierungsvorlage): Der Entwurf ist im Wesentlichen gutes preussisches Recht und entfernt sich nicht von dessen altbewährten Prinzipien. Die Vorlage bezweckt auch hauptsächlich für alle Theile der preussischen Monarchie gemeines Hypothekenrecht zu schaffen. Schon die Kommissionsvorlage ist gegen das bisherige Recht ein Fortschritt, die Regierungsvorlage selbst geht noch weiter im Sinne der Prinzipien, welche auch unserem preussischen Rechte zu Grunde liegen. Ich bitte daher um Annahme des Entwurfs. (Beifall.)

Hiermit ist die Generaldebatte geschlossen.
Schluß der Sitzung 3 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 5. Februar.

Die 26. Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wurde um 11 1/4 Uhr vom Präsidenten v. Jordan bed eröffnet.

Am Ministertisch: Camphausen, Graf Eulenburg, Graf Tscherning.

Den ersten Gegenstand bildet die Interpellation des Abg. Mohr: ob die Staatsregierung gewillt sei, gemäß der in der 30. Sitzung am 15. Februar v. J. gemachten Zusage: noch dem gegenwärtigen Landtage eine Gesetzesvorlage zu machen, welche geeignet ist, die Mißstände und Ungleichheiten bezüglich des Steuerungsrechtes der Gemeinden in verschiedenen Provinzen zu beseitigen.

Der Minister des Innern erkennt die Nothwendigkeit, aber auch die Schwierigkeit der Regulierung an und wird bemüht sein, die Ungleichheiten zu beseitigen.

Es folgt der Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Staats-Eisenbahnnetzes, und wird von dem Referenten Abg. Berger mit Bezugnahme auf den gedruckt vorliegenden Bericht die Annahme des Gesetzes empfohlen.

Der Han-elsminister schließt sich dieser Empfehlung an.

Abg. Glaser ist gegen das Gesetz, es sei in demselben nicht in gleichem Maße auf die pommerschen Bahnen Rücksicht genommen. Das sei aber notwendig im Interesse der Provinz. Ebenso fehle eine Bahn in den Tilsit-Memeler Kreisen. Ebenso sei in den Kreisen Biedenkopf und Wittgenstein eine Bahn nöthig. Er könne nicht für die in dem Gesetz angeführten Bahnen, die willkürlich ausgesucht seien, stimmen, so lange so nothwendige nicht berücksichtigt werden.

Abg. Hammerer bestritt das Willkürliche in der Bestimmung der im Gesetz erwähnten Bahnen. Was das angeführte Bedürfnis betreffe, so könne diesem nicht in allen Fällen genügt werden, zunächst müsse der Staat das ihm angehörige Eisenbahnnetz vervollständigen. Neue Anlagen sind nur da zu rechtfertigen, wo die industriellen Verhältnisse so entwickelt sind, daß sie staatswirtschaftlich und finanziell eine Eisenbahn nothwendig machen. In den Provinzen, wo das nicht der Fall, möge man zunächst auf Verbesserung der Viehwege bedacht sein. Pommern sei als Beispiel sehr ungünstig gewählt, da gerade für diese Provinz der Staat in dieser Hinsicht bereits bedeutende Opfer gebracht habe. Die von dem Vorredner angeführten Eisenbahnen, Harburg-Stade und Bebra-Friedland seien vor der Annexion von den damaligen Regierungen bereits den jetzigen Provinzen unter der Versicherung zugesagt, daß von einem Beitrag der Abzogenen abgesehen werden solle. Preußen müsse als Rechtsnachfolger diesen Verpflichtungen nachkommen. Indessen müsse man dieses Prinzip allerdings nicht in infinitum durchführen wollen, und in Zukunft davon absehen.

Abg. v. Benda kann sich mit dem Gesetz im Allgemeinen einverstanden erklären, jedoch mit Ausnahme des §. 1, der die Tilsit-Memeler Bahn betrifft. Er ist im Allgemeinen gegen die Staats-Eisenbahnen, die er lieber der Privat-Industrie überläßt, da er nur die Staatshilfe im Falle eines Nothstandes zulassen kann. Ein solcher liege aber

in den neuen Provinzen durchaus nicht vor, da die selben sehr wohl im Stande seien zu dem Baue beizutragen.

Der Handelsminister hält die Staatsbahnen dem Interesse des Publikums, wenn auch nicht dem der Aktionäre, für entsprechender als die Privatbahnen. Er sei gar nicht abgeneigt, da wo sich ihm genügende Garantien bieten die Konzession zum Eisenbahnbau zu erteilen.

Abg. Braun: Staatsbahnen haben nur einen Sinn, wenn sie Reichsbahnen sind, sonst werden sie sich immer nur auf das eigene Territorium erstrecken können. So wie es jetzt liege, sei der Staat der Konkurrent der Privatbahnen und zugleich die Aufsichtsbehörde derselben. Das alleinige Recht der Konzessionierung für den Minister führe zu Unzulänglichkeiten. Man müsse zunächst die Grundbesitzer fragen, und wenn deren Mehrheit zur Hergabe des Grund und Bodens bereit sei, dann müsse die Minorität sich dem fügen, dagegen auch der Minister gezwungen sein, die Konzession zu erteilen. Ferner müssen die Provinzen befragt werden, einmal ob sie sich an dem Bau beteiligen oder ob sie Provinzialbahnen bauen wollen. Der Minister habe von Garantien gesprochen, die beste sei die, daß man dem Unternehmer eine Frist gewähre zur Beschaffung des Kapitals, und wenn dann dasselbe nicht beigebracht sei, die Konzession zurückziehe. Die Hoffnung, das Kapital theilweise zu retten dadurch, daß man die Konzessionen verweigere, sei nicht zutreffend, denn dasselbe werde sich dann, wie es ja bereits vorgekommen, außerhalb Preußens ähnlichen Unternehmungen zuwenden. Die Konzessionierung der kleinen Gesellschaften sei gar nicht so gefährlich, wie es der Minister annehme. Was die großen Gesellschaften betreffe, so habe man ja in Frankreich gesehen, daß dasselbe zu Nichts Gutem geführt habe, im Kriege sei deren Leistung gleich Null gewesen, und im Frieden eine Gatterpöckelpolitik. Er sei gegen das Gesetz, von dessen Annahme im Großen er ja übrigens so überzeugt sei, daß er keine besonderen Anträge stellen wolle.

Der Handelsminister berichtet, daß er nie den großen Gesellschaften den absoluten Vorrang gegeben habe; übriges nehme er sich Alles zu Herzen, was hier vorgebracht werde, es sei aber zuweilen schwer, das zu vereinigen, da heute z. B. drei Redner ganz entgegengesetzte Ansichten entwickelt hätten.

Abg. Heise befragt die Vorlage, hierbei näher die Frage erörternd, wenn und in welchen Fällen die freie Hergabe des Grund und Bodens gefördert werden solle. Er bekämpft in erster Linie die Aeußerungen des Abg. v. Benda in Betreff des Vorschlages, man solle von den Kreisen Geld anstatt Grund und Boden fordern. Die Spekulationen brächten es schon zu Wege, daß in einem Kreise, der 5000 Thlr. Zuschuß gebe, von der Eisenbahnverwaltung 50,000 Thlr. für den Grunderwerb aufzuwenden sein werden. (Das Haus ist sehr unruhig.) Das gemischte System habe dem Lande außerordentlichen Segen gebracht und man werde gut thun, dabei zu bleiben. Redner wendet sich dann zu den vom Abg. Braun gemachten Einwürfen gegen das System des Ministers, den Redner wiederum in Schutz nimmt. Er trägt in Allem der Vorlage seine Sympathien und volle Befriedigung und Zustimmung entgegen.

Die Generaldiskussion ist geschlossen.
Der Referent konstatirt die allgemeine Befriedigung, mit der die Vorlage aufgenommen worden, es sei weniger gegen dieselbe als gegen die ministerielle Eisenbahnpolitik im Allgemeinen gesprochen. Die durchschlagenden Motive für die Genehmigung der fünf Bahnen liegen nicht in den verschiedenen Linien, sondern beruhen bezüglich der ersteren auf vier Beschlüssen dieses Hauses, bezüglich der 2. und 3. auf Versprechungen der früheren Regierungen von Hannover und Kurhessen, bezüglich der zwei letzteren ausschließlich auf fiskalischen Interessen.

Es folgt die Spezialdiskussion über Nr. 1 des §. 1 (Eisenbahn von Tilsit nach Memel, mit fester Ueberbrückung des Memel bei Tilsit, 5,800,000 Thlr.) und eine Resolution Häblers, die Staatsregierung aufzufordern: Gleichzeitig mit dem Bau der Tilsit-Memeler Eisenbahn die Tilsit-Tauröggen Staatschasse in stets wasserfreiem, fahrbarem Zustande und mit der festen Eisenbahnbrücke in Verbindung zu bringen. Derselbe schildert den in Folge des mangelhaften Zustandes der Staatschasse Tilsit-Tauröggen in der Niedrigung eingetretenen Nothstand. Tilsit verlangt, daß der Staat bezüglich der Chasse die Verpflichtung erfüllt, die er jedem Privatmann auferlegt und ohne deren Erfüllung die Tilsit-Memeler Bahn nicht die erhoffte Wirkung haben wird.

Abg. v. Benda: Es ist dem Vorredner nicht gelungen, mich eines andern zu überzeugen; seine Resolution gehört nicht zur Vorlage. Gegen Heise

halte ich aufrecht, daß es bedenklich, durch die Kreise den Grund und Boden erwerben zu lassen, auch bei ihnen wäre Spekulation möglich und da viel gefährlicher. Eine Preßion, wie die im Geſetz auf einzelne Kreise ausgeübt, halte ich für der Geſetzgebung nicht würdig.

Der Handelsminister: Die Tiſt-Memeler Bahn hat eine Zukunft, die ſich an zwei Bedingungen knüpft, deren Erfüllung aber nicht verbürgt werden kann, nämlich 1) den Bau einer Bahn über Tauraggen nach Rußland und 2) den Bau der Linie Inſterburg-Darſchewen-Dieſto-Lyd. Dieſer Umſtand rechtfertigt die im Schlußſatz zu §. 1 ausgedrückte Verpſichtigung der Kreiſe.

Nachdem noch der Referent den Häblerſchen Antrag beſchwört, wird §. 1 Nr. 1 mit ſehr großer Mehrheit angenommen; dagegen u. a. Abg. Laſter, Braun, v. Behr. Der Schlußpaſſus wird mit ſchwacher Majorität genehmigt, ebenſo die Reſolution Häbler.

§. 1 Nr. 2 (Linie Vebra-Friedland mit Zweigbahn Niederhohne-Eſchwege, 7,600,000 Thlr.) wird ohne Diſkuſſion angenommen.

Zu §. 1 Nr. 3 (Linie Harburg-Stade 3,300,000 Thlr.) ſpricht ſich Abg. Zuſchwerdt entſchieden gegen die Bewilligung aus und verweiſt die Bewohner der dortigen Gegend auf das Verkehrsmittel der Elbe. Den Verſprechungen der hannoverſchen Regierung haben die Bewohner der alten preußiſchen Provinzen wohl noch ganz andere Verſprechungen der preußiſchen Regierung gegenüber zu ſtellen, die ihnen nicht gehalten worden ſind. Redner erinnert an die Neurode-Waldenburg-Gläher Bahn. Wenn wir mit der Eroberung von Hannover, wie geſagt wurde, ein gutes Geſchäft gemacht haben, ſo iſt nicht einzusehen, warum wir daselbe verſchleſtern ſollen, zumal wenn man bedenkt, welche Opfer wir gebracht haben, um Hannover zu erobern. (Unruhe.) Die Bahn hat nur einen Sinn und eine Zukunft, wenn ſie bis Cuxhafen weitergeführt wird. Aber Cuxhafen iſt bis jetzt nur Nothhafen; den Hafen auszubauen, iſt ein ſehr koſtpieliges Projekt; warten wir, bis daselbe realiſirt wird, die Bahn hat keine ſolche Eile. Wenn die 3,300,000 Thaler durchaus zu Eiſenbahnzwecken verausgabt werden ſollen, dann ſchon lieber für Vommern.

Abg. Neubourg (Stade): Die Hannoveraner ſeien berechtigt, den Ausbau des hannoverſchen Bahnnetzes von Preußen, das die rentablen Linien übernommen habe, zu erwarten, wenn eine Linie auch weniger rentabel ſei. Daß ſie ganz unrentabel und daß die Gegend ohne alle und jede Induſtrie, beſtreitet Redner und erwähnt Bohrungen auf Kohle, die von Erfolg ſein können. Der Weiterbau der Bahn bis Cuxhafen ſei nur eine Frage der Zeit.

Abg. Dr. Braun will durch ſeinen Antrag dem Unternehmen des Staates nicht entgegenſetzen, demſelben vielmehr ſeine Rentabilität ſichern, indem er durch ſeinen Antrag der Stadt Hamburg und den Intereſſenten der Landwirthſchaft einen avisau lecteur gebe, ſich um die durch ihre Intereſſen gebotene Weiterführung der Bahn nach Cuxhaven zu bemühen.

Der Handelsminister zweifelt an der Rentabilität der Bahn gar nicht, da ihr Weiterbau durch eine Privatgeſellſchaft außer Zweifel ſtehe, ſobald nur die Strecke Harburg-Stade in Angriff genommen ſei. Außerdem habe die Regierung als Nachfolgerin der ehemaligen hannoverſchen Regierung die moralische Verpſichtigung, die von jener gegebenen Verheißungen einzulöſen.

Nachdem der Referent Berger (Witten) Namens der Kommiſſion ſich mit dem Amendement Braun einverſtanden erklärt hat, wird dasſelbe ebenſo wie Nr. 3 ſelbſt mit großer Majorität angenommen.

Bei Nr. 4 (Abkürzung der niederſchleſiſch-märkiſchen Bahn durch den Bau der Linie Anſdorf-Gaſſen, 5,100,000 Thlr.) weiſt Braun auf die Nothwendigkeit einer baldigen Weiterführung der Geſchäftsbahn von Waldenburg über Glas und Neurode hin. Wenn man die Verheißungen der früheren hannoverſchen Regierung ſo heilig halte, ſo werde man hoffentlich auch die Zuſicherungen der preußiſchen Regierung erfüllen.

Der Finanzminister beſtreitet, daß die preußiſche Regierung ſich jemals für die Weiterführung der Geſchäftsbahn in einer Weiſe engagirt habe, daß daraus eine Verpſichtigung für ſie hergeleitet werden könne.

Abg. v. Zedlig-Neukirch behauptet, daß eine moralische Verpſichtigung jedenfalls beſtehe. Man dürfe die alten Provinzen nicht ſchlechter behandeln wollen als die neuen; denn nur durch die Opfer der erſteren ſei die Erwerbung der letzteren möglich geworden.

Nr. 4 wird genehmigt.

Nr. 5 verlangt für eine Eiſenbahn von Eſchhofen nach Camberg 950,000 Thlr.

Abg. Hammacher macht darauf aufmerkſam, daß Ausſicht vorhanden ſei, daß die heſſiſche Ludwigsbahn den Bau der genannten Strecke übernehme; er beantragt deſhalb die geforderte Summe nur bedingungsweiſe zu erfüllen.

Der Handelsminister beſtätigt, daß in der letzten Zeit mit der heſſiſchen Ludwigsbahn Verhandlungen angeknüpft ſeien, welche die ſichere Ausſicht gewähren, daß der Bau der vorliegenden Bahn von

dieser Geſellſchaft übernommen werde, und hat deſhalb gegen den Antrag des Vorredners nichts einzuwenden.

Abg. Hammacher zieht ſeinen Antrag zurück, worauf die Nr. 5 ebenſo wie Nr. 6, welche zur Vermehrung des Betriebmaterials der Staatsbahnen die Summe von 4,250,000 Thlr. fordert, und endlich §. 1 im Ganzen mit großer Majorität angenommen wird.

Zu §. 2 ſtellt Abg. Laſter den Antrag: a) im Abſatz 1 ſtatt der Worte „von Verſchreibungen der konſolidirten Anleihe“ zu ſetzen: von Schuldverſchreibungen; b) zum Abſatz 2 ſtatt der Worte „und zu welchen Courſen die Verſchreibungen verauſert werden ſollen“ zu ſetzen: „zu welchem Zinſeſatz, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Courſen die Schuldverſchreibungen verausgabt werden ſollen; c) dem zweiten Abſatz hinzuzufügen: Im Uebbrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe, wegen Annahme derſelben als Pupillen- und depoſitalmäßige Sicherheit und wegen Verjährung der Zinſen die Vorſchriften des Geſetzes vom 19. Dezember 1869 (Geſetz-Sammlung S. 1197) in Anwendung.

Der Finanzminister acceptirt den Antrag des Abgeordneten Laſter um ſo lieber, als es für einen Finanzmann während des gegenwärtigen Uebergangsstadiums außerordentlich ſchwer ſei, zu entſcheiden, welche Art der Operation künftig, wenn die Kreditbewilligung realiſirt werden ſolle, am vortheilhaftesten ſein werde. Er hofft, daß in dem Amendement Laſters auch die Genehmigung gegeben ſei, eine Anleihe auf wenige Jahre für die im Geſetze feſtgeſtellten Zwecke aufzunehmen.

Nachdem der Antragſteller dies beſtätigt und auch der Referent ſich für die Annahme des Amendements ausgeſprochen hat, wird §. 2 in der ſo modificirten Faſſung angenommen. Ebenſo genehmigt das Haus ohne weitere Debatte die §§. 3, 4 und 5 und endlich das Geſetz im Ganzen.

Um 4 Uhr verläßt ſich das Haus bis Donnerstag 11 Uhr. (Tages-Ordnung: Schulaufsichts-Geſetz.)

Deutschland

*** Berlin, 4. Februar. Die letzte ſo bedeutungsvolle Rede, welche der Fürſt-Reichskanzler den preußiſchen Miniſterpräſidenten im Abgeordnetenhaus gehalten iſt, hat bis heute ſelbſt, alſo nahezu eine Woche lang, alle anderen Nachrichten politiſcher Natur zurückgedrängt, und man kann wohl ſagen, daß — nicht etwa im ganzen Jahre, denn das iſt nicht lang, ſondern ſeit faſt einem Jahre keine bedeutungsvollere Worte aus dem Munde unſeres großen Staatsmannes gegangen ſind, wie dieſenigen, welche ſich jüngſt mit der Stellung der preußiſchen Staatsregierung zu dem inneren Frieden des deutſchen Reiches ſo angelegentlich wie nachher beſchäftigt haben. Ein Blick auf die ausländiſche Preſſe und deren Beurtheilung der Rede läßt erſt recht erkennen, wie groß Fürſt Biſmarck in dieſen Tagen war, in denen er der klerikalen „Germania“ „ſo klein wie nie zuvor“ erſchienen iſt. Selbſt in der parlamentariſchen Thätigkeit unſeres Landtages konnte nach jener Sitzung nur eine gewiſſe Lauheit eintreten, da ſelbſt die bedeutungsvolle Annahme des Kultus-Etats nur von verhältnißmäßigem Werthe nach einer ſo wichtigen, wie jener Sitzung werden konnte. An Kommiſſionssitzungen hat es in dieſen Tagen allerdings nicht gefehlt: Die Kreisordnungs-Kommiſſion herleiht die Paragraphen, welche über die Heranziehung der Forſen, Erwerbsgeſellſchaften und juriſtiſchen Perſonen zu den Kreisabgaben ſowie über die der biſher ſteuerfreien Staats-, Kirchen- und Schulbeamten beſtimmen ſollen; die Penſionsgeſetz-Kommiſſion hat nahezu die ſes ganze von ihr zu beratende Penſum zu Ende geführt, und auch die Unterrichts-Kommiſſion hat mehrfache Sitzungen gehalten. — Noch reger wie die parlamentariſche Thätigkeit geſtalteten ſich in der letzten Woche die Hoffeſte, welche ein ſelten glänzendes Ballfeſt des Kronprinzen in den Räumen des königlichen Schloſſes begann; an dieſes reihte ſich eines des Kaiſers, dann wurde der Geburtstag der Herzogin Alexandrine von Mecklenburg gefeiert, Geſellſchaften bei den Botſchaftern und höchſten Hofſchergen ſielen dazwiſchen, und geſtern Abend fand die Geburtstagsfeſtlichkeit im Palais der Prinzeſſin Karl ſtatt, eine Aufführung von lebenden Bildern, für welche im Allgemeinen die Mitwirkung erſt mit der Grafenkrone begann; nur der Polizei-Präſident v. Wurmb und ein bis zwei andere Adelige durften bei dem Feſte mitwirken, bei welchem u. a. auch einer der jungen Grafen v. Biſmarck-Schönhausen neſt noch zwei gräflichen Herren und den Gräfinnen Agnes Doſna und Adly Pückler unter den Klängen Meyerbeerſcher Muſik in dem lebenden Bilde „coeur atout“ auftrat.

* Aus der Zuheler Heide, 4. Februar. Am 23. d. M. wurde das Forſt-Eſtabliſſement Einſiedelei, Forſtreivers Woznowe, ein Raub der Flammen. Da das Feuer an verſchiedenen Stellen des Wohnhauſes angelegt war, ſo griff dasſelbe mit ſolcher Heftigkeit um ſich, daß die Familie buchstäblich nur das nackte Leben retten konnte. Nur mit großer Mühe gelang es der ſorgenden Mutter, einen kleinen Knaben, welcher in der Angst im Schlafzimmer zurück geſaßen war, noch zu retten. Der Förſter, welcher bis vor 2 Jahren mit ſeinem Mobiliar verſichert, war jedoch

wegen der ſtatigefundenen Froſthahre außer Stande, die Prämie zu bezahlen und wurde ſelbſtverſtändlich von der Geſellſchaft geſtrichen. Im verfloſſenen Jahre brannten im Beiſatz Einſiedelei, durch ruckloſe Hand angelegt, ca. 700 Morgen Wald nieder. Die brave Förſterfamilie iſt excluſiv auf die Miſthätigkeit des Publikums angewieſen und möchten daher auch dieſe Jellen dazu beitragen, daß aus der Ferne Hülfe eintreffe. Der Reviſförſter v. R. in E. bei Schlieſwig hat die Heimſuchungen dieſer Förſterfamilie im vorigen Jahre in einer Broſchüre beſungen und gleichzeitig in derſelben die Heimliche der hieſigen Waldbewohner charakteriſirt.

Bonn, 4. Februar. Die hieſigen Profeſſoren Hilgers, Knoodt, Reiſch, Langen ſind, wie die „Bonner Zeitung“ meldet, durch ein Ultimatum des Erzbischofs von Köln unter Androhung der formellen feierlichen Exkommunikation aufgefordert worden, ſich dem Dogma der Infallibilität zu unterwerfen.

Wien, 4. Februar. Die letzten Verhandlungen in dem preußiſchen Abgeordnetenhaus haben natürlich auch hier die gebührende Beachtung gefunden und die Reden des Fürſten Biſmarck haben großen Eindruck in den Kreiſen gemacht, in denen man im Stande iſt, die Tragweite derſelben zu beurtheilen. Die Haltung der Preſſe iſt intereſſant und verdient konſtatirt zu werden. Die klerikalen Blätter ſpeiern natürlich Feuer und Flamme gegen den „Antichriſten“, wie das „Univerſum“ nicht zum erſten Male den großen deutſchen Staatsmann nennt, und führen dann die Drohungen des Herrn v. Mallinckrodt weiter aus. „Du haſt Deutſchland durch Blut und Eiſen einig, Du haſt Frankreich momentan beſiegen können, aber an dem Kampfe gegen die Kirche wirſt Du zu Grunde gehen.“ Die liberalen und republikaniſchen Blätter ſind erſichtlich in großer Verlegenheit. In Frankreich iſt die ultramontane Partei in dieſem Augenblicke mächtiger und einflußreicher als jemals. Die Majorität der Nationalverſammlung iſt zum größten Theil entſchieden klerikal, ſo daß „klerikal“ und „konſervativ“ hier jetzt ſo gut wie ſynonym iſt. Wenn nun Herr v. Biſmarck gegen dieſen gemeinſchaftlichen Feind in ſo energiſcher Weiſe Front macht, ſo verpſlichtet er ſich natürlich auch den franzöſiſchen Liberalen zu Danke. Aber dieſer Anerkennung Ausdruck zu geben, das iſt eben die Schwierigkeit. Die offiziöſe Preſſe hat erſichtlich die Parole erhalten, die deutſchen Ultramontanen in ihren Schutz zu nehmen. Hören Sie nur, wie ſich das Leiborgan des Präſidenten, das „Bien Public“ ausdrückt:

„Die Aufhebung der katholiſchen Abtheilung im Kultusminiſterium iſt eine Thatſache, welche ebenſo unerklärlich als ungerecht bleiben würde, wenn uns Herr von Biſmarck nicht ſelbſt den Beweggrund enthielt hätte. Er fürchtet die Katholiſten, der Großkanzler. Der wahre Geiſt und das Ziel dieſer Partei haben ſich, wie er ſagt, bei den letzten Wahlen beſunden und beſunden ſich noch täglich in gewiſſen Blättern. Die Katholiſten ſind „Gallophilen“, und deſhalb liebt ſie Herr v. Biſmarck nicht. „Gallophile“, das iſt in Preußen das große Wort, das Sensationswort, deſſen Herr v. Biſmarck ſich ſo gut zu bedienen weiß. Ihr habt irgend eine Beziehung zu Frankreich, ihr gehört einer Religion an, welche die unſere iſt. Sogleich ſeid ihr „Gallophilen“, d. h. gefährliche Menſchen, denen man im Miniſterium wie anderwärts Alles, was zum Schutz eurer Intereſſen dienen kann, fortnehmen muß. Ah! Herr von Biſmarck iſt ein wirklich unverſöhnlicher Feind.“

Der neueſte Finanzplan zur Zahlung der drei Milliarden iſt geſtern in der „France“ und im „Frangais“ zu Tage gefördert. Nach demſelben ſchlägt Frankreich vor, der deutſchen Regierung die drei Milliarden in franzöſiſchen Eiſenbahn-Obligationen zu zahlen, für welche man den Beſtänden Renten-titel einhändigen würde. Die genannten Blätter behaupten, Preußen habe bereits ſeine Geneigtheit erklärt, auf dieſe Zahlungsweiſe einzugehen. Das „Bien public“ verſichert ſogar heute Abend, dieſer ſchöne Plan ſei das Werk des Berliner Bankiers Bleichröder, eine Angabe, gegen welche dieſer Finanzier ſich gewiß energiſch verwahren wird. Daß an dem ganzen Plane weiter nichts wahr iſt, als daß er neuerdings von einem Herrn Avril und bereits vor ſechs Monaten von Herrn Place (dem Bruder des in letzter Zeit viel genannten ehemaligen franzöſiſchen Konſuls in Newyork) dem Finanzminiſter unterbreitet und ad acta zu den tauſend anderen Plänen ähnlicher Gattung gelegt worden iſt, bedarf wohl kaum der Bemerkung.

Mr. Harry Emanuel, welcher erſt vor Kurzem einen Theil der Schmuckſachen der Kaiſerin Eugenie angekauft hatte, ſtellt jetzt die berühmte Fächerſammlung derſelben zum Verkauſe aus. Der Katalog umfaßt beinahe fünfzig Nummern, die alle an Schönheit und Koſtbarkeit mit einander wetteifern. Einer der merkwürdigſten iſt von Camilla Noquevan auf Pergament gemalt und ſtammt von den Hochzeitgeſchenken der Kaiſerin her. Die werthvollſte Nummer iſt jedoch ein Fächer aus der Sammlung der Marie Antoinette. Das Sujet iſt La Fontaine d'Amour. Die geſchnittenen Halter ſind mit Emaille und Diamanten-Ornamenten faſt bedeckt und der elſenbeinerne Stod iſt mit Gruppen und Figuren in Silber und Gold eingelegt.

Paris, 5. Februar. „Journal officiel“ veröffentlicht ein Dekret des Präſidenten der Republik, welches den Miniſter des Innern, Caſimir Perier, auf ſein Anſuchen ſeiner Stelle enthebt.

Paris, 4. Februar. Seit 6 Uhr iſt am Horizonte ein prachtvolles Nordlicht ſichtbar. Dasſelbe wurde in Chaumont ſchon gegen 5 Uhr 55 Minuten bemerkt. Die deutſchen und franzöſiſchen Telegraphenleitungen ſind momentan geſtört.

Paris, 4. Februar. Die Kammer hat ſämmtliche Artikel des Waldſchutzgeſetzes, ſowie die Koſten für Durchbohrung des Col di Tenda genehmigt. Die Finanz-Kommiſſion hat Minghetti zu ihrem Bericht-erſtatter ernannt und es ſoll dieſelbe, wie „Opinione“ meldet, die Vorlage, nach welcher der geſammte Schatzdienst den Banken übertragen werden ſoll, mit einigen Modifikationen angenommen, die Gewerbesteuer abgelehnt und ſich für eine Erhöhung des Kapitals der Nationalbank auf die Summe von 200 Millionen ſowie dafür ausgeſprochen haben, daß durch die Nationalbank die Konvertirung der Nationalanleihe angenommen werde. Nach der „Italia“ wäre von der Kommiſſion auch die Erhöhung der Petroleumsteuer genehmigt, die Kaffeesteuer aber abgelehnt. — Vom Papſte wird in der zweiten Faſtenwoche ein Konſiſtorium abgehalten werden.

Konſtantinopel, 4. Februar. Gegen die drei bulgariſchen Biſchöfe, welche, um ihre Unabhängigkeit darzutun, gegen den Einſpruch des Patriarchen am Dreikönigs-Feſte die Meſſe in der bulgariſchen Kirche celebriert hatten, iſt von der türkiſchen Regierung die Strafe der Verbannung verhängt worden.

— Geſtern Abend 10 1/2 Uhr zeigte ſich ein außerordentlich ſtarkes Nordlicht, welches erſt nach 1 1/2 Stunden an Intensivität verlor.

Provinzielles.

Stettin, 6. Februar. Se. Majestät der Kaiſer hat, wie wir hören, noch einmal eine Berichterſtaltung eingefordert, inwiefern bei der Verleihung des Ordens des Eiſernen Kreuzes vielleicht der Eine oder der Andere, welcher einen begründeten Anſpruch auf denſelben haben ſollte, übergangen worden ſei. Es ſollen dann noch einmal an die Geſamtheit aller Truppentheile nach Prüfung dieſer Berichte Verleihungen ſtattfinden, dann aber ſoll die Verleihung als definitiv geſchloſſen erklärt und demnächst eine Zuſammenſtellung und Veröffentlichung aller verliehenen Eiſernen Kreuze 1. und 2. Klaſſe erfolgen. Wie umfangreich dieſe Veröffentlichung werden wird, dürfte ſich daraus ergeben, daß man die Geſamtheit aller verliehenen Eiſernen Kreuze ſchon gegenwärtig auf rund 30,000 Stück ſchätzt.

Am 1. Februar, dem Jahrestage der ruhmreichen Kämpfe bei Pontarlier, hat Se. Majestät der Kaiſer an den Kommandeur des 2. Armeekorps, General Hann von Weyhern, folgendes Telegramm gerichtet: „Ich spreche dem 2. Armeekorps am Jahrestage, an welchem vor einem Jahre dasſelbe durch ſeinen Heldenmuth unter den ſchwierigſten Umſtänden den glorreichen Krieg beendete, nochmal Meinen königlichen Dank aus. Berlin, 1. Februar 1872. ge. Wilhelm.“

Dies Telegramm hat der General v. Weyhern dem 2. Armeekorps durch nachſtehenden Erlaß zur Kenntniß gebracht: „Seine Majestät der Kaiſer und Königin haben die Gnade gehabt, durch das vorſtehende Telegramm die Thaten des 2. Armeekorps am 1. Februar 1871 anzuerkennen. Zudem ich dieſen Allergnädigſten Beweis der Huld dankerfüllten Herzens zur Kenntniß der Truppen bringe, füge ich hinzu, und zwar vertrauensvoll im Namen des ganzen Korps, daß, wenn auch das Schwert nach dem wichtigen Schlage von Pontarlier in die Scheide geſteckt wurde, es zu jeder Zeit blank und ſcharf aus derſelben wieder herausfahren ſoll, wenn es nöthig wird, König und Vaterland Liebe und Treue zu beweisen. Stettin, 2. Februar 1872. Der kommandirende General (gez.) Hann v. Weyhern.“

Dem Lehrer und Küſter Saare zu Möhringen, Kreis Randow, iſt der Adler der 4. Klaſſe des hohenſollernſchen Hauſordens verliehen, und der Pfarrer Herwig in Bublitz zum Superintendenten der Synde Bublitz, Regierungsbezirk Cöſlin, ernannt worden.

— In den nächſten Tagen ſollen die Stamm-Aktien der „Pommernſchen Centralbahn“ an der Berliner Börſe eingeführt werden. Der Einführungs-Cours dürfte nur wenig über 50 Prozent hoch geſchrieben ſein.

— Von Seiten des Handelsministeriums iſt die Konzeſſion zu den Vorarbeiten für eine Eiſenbahn von Berlin über Brieſen a. O., Pyriß, Weiſhader nach Telpelburg ertheilt worden.

Stargard, 5. Februar. Das Comité zur Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die im letzten Kriege Gefallenen des Saagiger Kreiſes hielt geſtern unter dem Vorſitz des Herrn Oberbürgermeiſters Pehlemann eine zweite Sitzung ab. Außerdem Bernehmen nach wurde beſchloſſen, Herrn Landrath v. Walbaw um Uebernahme des Vorſizes in dem zu bildenden Kreis-Comité zu erſuchen. Die Koſten des Denkmals veranſchlagte man auf 1500 Thlr., und ſoll Herr Bau-Inſpektor Buchterſch mit der Ausführung eines entſprechenden Entwurfs beauftragt werden.

Literariſches.

(Diezel's Niederjagd.) Von C. E. Diezel's berühmtem Werke „Erfahrungen aus dem Gebiete der Niederjagd“ erſcheint endlich und zwar im Verlag

47—50 *Rh.*, Koch- 47 bis 50 *Rh.*, per Frühjahr Futter.
50¹, *Rh.* Gd.

Rüßel behauptet, per 200 Pfund loco 28 $\frac{1}{2}$ *R.* Br.,
 per Februar 28 $\frac{1}{2}$ *R.* Br., per April-Mai 28 $\frac{1}{2}$ *R.*
 bez., 28 $\frac{1}{2}$ *R.* Br., 28 $\frac{1}{2}$ *Sb.*, per September-Oktober 26 $\frac{1}{2}$
R. bez., Br. u. *Gd.*
 Spiritus behauptet, per 100 Liter a 100 Prozent
 loco ohne Faß 23 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{8}$ *R.* bez., per Februar 23 $\frac{1}{2}$ *R.*
 bez., Br. u. *Gd.*, per Frühjahr 23 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{12}$ *R.* bez., per
 Mai-Juni 23 $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{8}$, $\frac{3}{8}$ *R.* bez., per Juni-Juli 23 $\frac{1}{12}$,
 $\frac{1}{8}$ *R.* bez. u. *Br.*
 Angemeldet: Nichts.
 Regulirungs-Preise: Weizen 79 *R.*, Roggen
 54 $\frac{1}{4}$ *R.*, Rüßel 28 $\frac{1}{2}$ *R.*, Spiritus 23 $\frac{1}{2}$ *R.*

Börsen-Berichte.

Stettin, 6. Februar. Wetter klare Luft. Wind

Aerahn, 9. Februar.		Prioritäts-Obligationen.		Ehein-Nehobahn		Staats-Anleihe von 1868		Cal. Tab. Oblig.		Darmstadter Zettel	
Eisenbahn-Aktion.		Aschen-Düsseldorf. 1. Em.		do.		Staats-Schuld-Scheine		do. Actien		Dessau Credit	
Dividende pro 1870 Zf.		do. 2.		do. 3.		Pr.-Anl. 1856 100 schill.		Neapol. Pr.		do. Ländes	
Aachen-Mastricht	1 1/2 4	do. 3.		do. 4.		Hess. Pr.-Sch. 40 schill.		Bukarestor 20-Fr.-Loose		do. Landes	
Aachen-Kiel	7 4	do. 5.		do. 5.		Kur. u. Neum. Schuldv.		Poin. Pfandbr. 3. Em.		Deutsche Bank	
Bergisch-Märkische	8 1/2 4	do. 2. Em.		do. 6.		Oder-Deichbau-Obl.		do. o. Liquid.		Disconto-Comm.	
do. neue	5	do. 3.		do. 7.		Berliner Stadt-Obl.		do. o. Part. 3. 500 d.		Eisenbahndiscont.	
Berlin-Anhalt	13 1/2 4	Bergisch-Märk. 1. Sor.		do. 8.		do. do.		Rumänier		Friedrichsh. A.-B.	
Berlin-Görlitz	1 4	do. 2.		do. 9.		Schuld. von der Berliner		Bum. Eisenb.-O.		Gen. Sörgel-Parr.	
do. Stamm-Pr.	5 5	do. 3. v. St. gar.		do. 10.		Kaufmannschaft		Bum. -Engl. Anl.		Gewach. Schuster	
Berlin-Hamburg	10 1/2 4	do. do. La. B.		do. 11.		Kur- und Neum.		do. do. von 1870		Gilzler Elis. Bod.	
Berlin-Potsd.-Magdeb.	18 4	do. 4. La. B.		do. 12.		do. do.		do. do. von 1869		Gothaer Zettel	
Berlin-Stettin	9 1/2 4	do. 5.		do. 13.		Ostpreussische		do. do. 300 d.		Hannoversche	
Bresl.-Schweidn.-Freib.	8 1/2 4	do. 6.		do. 14.		do. do.		do. Koll. do.		Härder Hüften	
do. neue	5	do. Düssel.-Eib. Fr.		do. 15.		do. do.		do. Engl. Anleihe		Hypoth. (Hühner)	
Cola-Minden	8 1/2 4	do. do. 2. Ser.		do. 16.		Pommersche		do. Präm.-Anl. 1864		do. Certificat	
do. La. B.	5 5	do. do. Dortmund.		do. 17.		do. do.		do. do. 1866		do. Cesta Freuss.	
C. eld Kreis Kempen	4	do. do. 2. Ser.		do. 18.		do. do.		do. 5. Anl. Stigl.		do. Pfab. unkündb.	
do. St.-Pr.	4	do. do. Nord. Fr.-W.		do. 19.		do. do.		do. 6. do.		do. Pfab. unkündb.	
Halle-Soran-Guben	4	Berlin-Anhalter		do. 20.		do. do.		do. 9. Anl. Engl. St.		do. Sächs. Hyp.-G.	
do. Stamm-Pr.	5	do. do. La. B.		do. 21.		do. do.		do. 3. Anl. Holl. St.		Königsb. Privatbank	
Hannover-Altenb.	5	Berlin-Görlitzer		do. 22.		do. do.		do. do. Bodencredit		Leipziger Credit	
do. Stamm-Pr.	5	Berlin-Hamburger		do. 23.		do. do.		do. do. Nicolai-Oblig.		Luxemb. do.	
Märkisch-Posen	4	Brl.-Potsd.-Mgdb. La. A. B.		do. 24.		do. do.		do. do. 1865		Lübeck. Commers.	
do. Stamm-Pr.	5	do. do. C.		do. 25.		do. do.		do. do. neue		Magdeburg. Feuer	
Magdeburg-Halberstadt	10 1/2 4	do. do. D.		do. 26.		do. do.		do. do. Eisenbahn-Loose		do. Privat	
do. neue	5	Berlin-Stettin 1. Sor.		do. 27.		do. do.		do. do. 1866		do. Bankver.	
Magdeburg-Leipzig	14 1/2 4	do. 2.		do. 28.		do. do.		do. do. 1867		Meininger Credit	
do. La. B.	4	do. 3.		do. 29.		do. do.		do. do. 1868		Muerba Borgo-A.	
Münster-Hamm	4	do. 4.		do. 30.		do. do.		do. do. 1869		Moldauer Bank	
Niederschles. Märk.	4	do. 5.		do. 31.		do. do.		do. do. 1870		Nahmasch. Löwe	
Niederschles. Zweigbahn	4	do. 6.		do. 32.		do. do.		do. do. 1871		Neu-Schottland	
Nordhausen-Erfurt	5	do. 7.		do. 33.		do. do.		do. do. 1872		Polte. Gas-Ges.	
do. Stamm-Pr.	4	do. 8.		do. 34.		do. do.		do. do. 1873		Preussische Bank	
Oberschles. La. A. u. C.	13 1/2 3/2	do. 9.		do. 35.		do. do.		do. do. 1874		Pr. Bodencredit-Act.	
do. La. B.	10 1/2 3/2	do. 10.		do. 36.		do. do.		do. do. 1875		Pr. Centr.-Bodencred.	
do. Stamm-Pr.	5	do. 11.		do. 37.		do. do.		do. do. 1876		Pr. Centr.-Bodencred.	
do. neue	5	do. 12.		do. 38.		do. do.		do. do. 1877		Pr. Centr.-Bodencred.	
do. Stamm-Pr.	5	do. 13.		do. 39.		do. do.		do. do. 1878			
do. neue	5	do. 14.		do. 40.		do. do.		do. do. 1879			
Rhein-Nahobahn	4 1/2 101 1/2 oz.	do. 15.		do. 41.		do. do.		do. do. 1880			
do.	2 1/2 101 1/2 oz.	do. 16.		do. 42.		do. do.		do. do. 1881			
Buhrort-Cref. K. G.	4 1/2	do. 17.		do. 43.		do. do.		do. do. 1882			
do.	2 1/2	do. 18.		do. 44.		do. do.		do. do. 1883			
Schleswig-Holstein	5 1/2 98 1/2	do. 19.		do. 45.		do. do.		do. do. 1884			
Stargard-Posn	4 1/2	do. 20.		do. 46.		do. do.		do. do. 1885			
do.	3 1/2 98 1/2	do. 21.		do. 47.		do. do.		do. do. 1886			
Thüringer	5 1/2 98 1/2	do. 22.		do. 48.		do. do.		do. do. 1887			
do. junge	5 5	do. 23.		do. 49.		do. do.		do. do. 1888			
do. La. B. gar.	4	do. 24.		do. 50.		do. do.		do. do. 1889			
do. La. C. gar.	4 1/2	do. 25.		do. 51.		do. do.		do. do. 1890			
Amsterdam-Rotterd.	7 1/2 4	do. 26.		do. 52.		do. do.		do. do. 1891			
Böhmische Westb.	7 1/2 4	do. 27.		do. 53.		do. do.		do. do. 1892			
Galiz. (Carl-L.-B.)	7 1/2 4	do. 28.		do. 54.		do. do.		do. do. 1893			
Lobau-Zittau	7 1/2 4	do. 29.		do. 55.		do. do.		do. do. 1894			
Ludwigsh.-Bexbach	10 1/2 4	do. 30.		do. 56.		do. do.		do. do. 1895			
Mainz-Ludwigsh.	10 1/2 4	do. 31.		do. 57.		do. do.		do. do. 1896			
Oberhess. v. St. gar.	9 1/2 4	do. 32.		do. 58.		do. do.		do. do. 1897			
Reichenb.-Pardub.	8 1/2 4	do. 33.		do. 59.		do. do.		do. do. 1898			
Oesterr.-Frans St.	12 5	do. 34.		do. 60.		do. do.		do. do. 1899			
do. Nordwestb.	5 5	do. 35.		do. 61.		do. do.		do. do. 1900			
Rheinische Staatsb.	5 5	do. 36.		do. 62.		do. do.		do. do. 1901			
Südosterr. (Lomb.)	5 5	do. 37.		do. 63.		do. do.		do. do. 1902			
Schwiz. Westbahn	5 5	do. 38.		do. 64.		do. do.		do. do. 1903			
Warschau-Bromb.	5 5	do. 39.		do. 65.		do. do.		do. do. 1904			
Lothar v. St. gar.	5 5	do. 40.		do. 66.		do. do.		do. do. 1905			
Warschau-Teresopol	5 5	do. 41.		do. 67.		do. do.		do. do. 1906			
do. Wien	9 1/2 5	do. 42.		do. 68.		do. do.		do. do. 1907			
Ungar.-Galiz.	5	do. 43.		do. 69.		do. do.		do. do. 1908			
		do. 44.		do. 70.		do. do.		do. do. 1909			
		do. 45.		do. 71.		do. do.		do. do. 1910			
		do. 46.		do. 72.		do. do.		do. do. 1911			
		do. 47.		do. 73.		do. do.		do. do. 1912			
		do. 48.		do. 74.		do. do.		do. do. 1913			
		do. 49.		do. 75.		do. do.		do. do. 1914			
		do. 50.		do. 76.		do. do.		do. do. 1915			
		do. 51.		do. 77.		do. do.		do. do. 1916			
		do. 52.		do. 78.		do. do.		do. do. 1917			
		do. 53.		do. 79.		do. do.		do. do. 1918			
		do. 54.		do. 80.		do. do.		do. do. 1919			
		do. 55.		do. 81.		do. do.		do. do. 1920			
		do. 56.		do. 82.		do. do.		do. do. 1921			
		do. 57.		do. 83.		do. do.		do. do. 1922			
		do. 58.		do. 84.		do. do.		do. do. 1923			
		do. 59.		do. 85.		do. do.		do. do. 1924			
		do. 60.		do. 86.		do. do.		do. do. 1925			
		do. 61.		do. 87.		do. do.		do. do. 1926			
		do. 62.		do. 88.		do. do.		do. do. 1927			
		do. 63.		do. 89.		do. do.		do. do. 1928			
		do. 64.		do. 90.		do. do.		do. do. 1929			
		do. 65.		do. 91.		do. do.		do. do. 1930			
		do. 66.		do. 92.		do. do.		do. do. 1931			
		do. 67.		do. 93.		do. do.		do. do. 1932			
		do. 68.		do. 94.		do. do.		do. do. 1933			
		do. 69.		do. 95.		do. do.		do. do. 1934			
		do. 70.		do. 96.		do. do.		do. do. 1935			
		do. 71.		do. 97.		do. do.		do. do. 1936			
		do. 72.		do. 98.		do. do.		do. do. 1937			
		do. 73.		do. 99.		do. do.		do. do. 1938			
		do. 74.		do. 100.		do. do.		do. do. 1939			
		do. 75.		do. 101.		do. do.		do. do. 1940			
		do. 76.		do. 102.		do. do.		do. do. 1941			
		do. 77.		do. 103.		do. do.		do. do. 1942			
		do. 78.		do. 104.		do. do.		do. do. 1943			
		do. 79.		do. 105.		do. do.		do. do. 1944			
		do. 80.		do. 106.		do. do.		do. do. 1945			
		do. 81.		do. 107.		do. do.		do. do. 1946			
		do. 82.		do. 108.		do. do.		do. do. 1947			
		do. 83.		do. 109.		do. do.		do. do. 1948			
		do. 84.		do. 110.		do. do.		do. do. 1949			
		do. 85.		do. 111.		do. do.		do. do. 1950			
		do. 86.		do. 112.		do. do.		do. do. 1951			
		do. 87.		do. 113.		do. do.		do. do. 1952			
		do. 88.		do. 114.		do. do.		do. do. 1953			
		do. 89.		do. 115.		do. do.		do. do. 1954			
		do. 90.		do. 116.		do. do.		do. do. 1955			
		do. 91.		do. 117.		do. do.		do. do. 1956			
		do. 92.		do. 118.		do. do.		do. do. 1957			
		do. 93.		do. 119.		do. do.		do. do. 1958			
		do. 94.		do. 120.		do. do.		do. do. 1959			
		do. 95.		do. 121.		do. do.		do. do. 1960			
		do. 96.		do. 122.		do. do.		do. do. 1961			
		do. 97.		do. 123.		do. do.		do. do. 1962			
		do. 98.		do. 124.		do. do.		do. do. 1963			
		do. 99.		do. 125.		do. do.		do. do. 1964			
		do. 100.		do. 126.		do. do.		do. do. 1965			
		do. 101.		do. 127.		do. do.		do. do. 1966			
		do. 102.		do. 128.		do. do.		do. do. 1967			
		do. 103.		do. 129.		do. do.		do. do. 1968			
		do. 104.		do. 130.		do. do.		do. do. 1969			
		do. 105.		do. 131.		do. do.		do. do. 1970			
		do. 106.		do. 132.		do. do.		do. do. 1971			
		do. 107.		do. 133.		do. do.		do. do. 1972			
		do. 108.		do. 134.		do. do.		do. do. 1973			
		do. 109.		do. 135.		do. do.		do. do. 1974			
		do. 110.		do. 136.		do. do.		do. do. 1975			
		do. 111.		do. 137.		do. do.		do. do. 1976			
		do. 112.		do. 138.		do. do.		do. do. 1977			
		do. 113.		do. 139.		do. do.		do. do. 1978			
		do. 114.		do. 140.		do. do.		do. do. 1979			
		do. 115.		do. 141.		do. do.		do. do. 1980			
		do. 116.		do. 142.		do. do.		do. do. 1981			
		do. 117.		do. 143.		do. do.		do. do. 1982			
		do. 118.		do. 144.		do. do.		do. do.			

Kamillen-Nachrichten.

Baltischer Lloyd.
Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen
Stettin und New-York,

Die Stadt=Schul=Deputation.

Kopenhagen, Christiansand anlaufend, vermittelt der neuen Post-Dampfschiffe I. Klasse:
Humboldt, Donnerstag 4. April. **Thorwaldsen**, Donnerstag 30. Mat.
Franklin, 2. Mai. **Humboldt**, 6. Juni.

Darłowski'sche Bearäbnis-Kasse.

Ernst Moritz Arndt, im Bau. Washington, im Bau.

Passagepreise incl. Beköstigung:

I. Kajüte Pr. Ert. 120 Thlr.	I. Zwischenbeck Pr. Ert. 65 Thlr.
II. do. 80	II. do. 55

Wegen Fracht und Passage wende man sich an die Agenten des Baltischen Lloyd, sowie an
Die Direktion in Stettin.

Zur Schließung von Passageverträgen für vorstehende Postdampfer ist bevollmächtigt und konzeßionirt unfer
General-Agent **R. von Januszkiewicz**, Bollwerk 33 in Stettin.

F. W. Beese, Strasburg
ts=Associen=Gesuch.

Bremen nach Nordamerika.

Der Unterzeichnete, von Königl. Preuss. Regie.^{ring} concessionierte Schiffserpedient, befördert Auswanderer mit den wöchentlich von Bremen nach **Newport, Baltimore und New-Orleans** abgehenden prachtvollen Post dampfern des **Norddeutschen Lloyd**, sowie am 1 und 15 eines jeden Monats mit arphet dreimastigen Bremen

28 gut gemästete Ochsen

Die Passage-Preise sind **billigt** gestellt und wird auf portofreie Anfragen gern unentgeltlich Auskunft erteilt.

Bremen.

Ed. Jhon,
Schiffbreder und Consul

Unentbehrlicher Rathgeber

Billigste Gelegenheit zur Ueberfahrt nach Amerika!
Am 17. April d. J. expedire ich das große dreimastige Segelschiff erster Klasse „Kaiser
Wilhelm“
von **Stettin** nach **Newyork**.
Nähere Auskunft ertheile unentgeltlich und nehme feste Annahmen unter Einzahlung des üblichen
Handgeldes entgegen.
Max Rathke, Stettin

